Donnerstag, 1. Dezember.

Der Westfälische Merkur erscheint täglich zweimal, an Sonn- und Feiertagen sowie Montags einmal.
Redaktion: Lütkegasse 1—3. Sprechstunden 10—12 Uhr vorm.
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Fernspr.: Red. 3615, 3616 u. 3217, Geschäftsstelle 3217 u. 3218.
Anzeigenpreis:
Der Raum für die Anzeigenspalte 36 mm breit, 1 mm hoch, 50 ₰; für die Reklamespalte, 90 mm breit, ℳ 2,—, ohne jeden Teuerungszuschlag.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 59 sowie sämtliche Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

Westfälischer Merkur.

Gegründet 1822. **Abend-Ausgabe.** 100. Jahrgang.

1921. — Nr. 558.

Bezugspreis:
Monatlicher Bezugspreis für Münster, 5,— ℳ frei ins Haus gebracht; bei den deutschen Postanstalten ebenfalls 5,— ℳ einschließlich Bestellgeld, bei zweimaliger Zustellung.
Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Einzelnummer: Zu haben in der Geschäftsstelle, den Zeitungskosten, an den Bahnhöfen rc. das Stück 20 Pfennig.
Geschäftsstelle: Königstr. 59. Geöffnet vorm. v. 8—12½ Uhr, nachm. v. ½3—6 Uhr. Postscheckkonto: Amt Köln 14 622.

Preußische Landesversammlung.

(Schluß des Berichts.)

* **Berlin,** 30. November.

Abg. Dr. **Höpker-Aschoff** (D.): Auch wir erwarten von der Freigabe des Wohnungszwanges keine Belebung der Bautätigkeit. Aber wir möchten den Boden für die freie Bautätigkeit durch Beseitigung aller sonstigen Hemmungen ebnen. Die Wohnungsabgabe ist notwendig. Nur so können die Mittel für die Belebung der Bautätigkeit aufgebracht werden. Redner begründet sodann einen Antrag, mit größter Beschleunigung einen Entwurf zu einem Ausführungsgesetz zum Reichsheimstättengesetz vorzulegen.

Abg. Dr. **Quaest** (DN.) begründet zur Hebung der Volkswohlfahrt mehrere Anträge auf Hebung der körperlichen Ausbildung unserer Jugend, auf Anlage von Spielplätzen durch Kreise und Gemeinden mit Hilfe staatlicher Zuschüsse, sowie auf Anwendung der im Kapitel Jugendwohlfahrt vorgesehenen Mittel auch für nervöse Kinder. Redner erklärt sich gegen die Sozialisierung des Aerztestandes aber für die Erhaltung der privaten Fürsorgeanstalten.

Abg. Frau **Ege** (Soz.) begründet eine große Anzahl von Anträgen, die zum Teil in der Fürsorge für Kinder und Kranke noch über die Forderungen des Ausschusses hinausgehen.

Abg. Frau **Poehlmann** (DVp.) legt dem Hause zwei Anträge vor, deren einer 150 000 ℳ zur Förderung der sozialen Fürsorge für die erwachsenen Friedensblinden fordert.

Abg. Frau **Arendsee** (K.) begründet ebenfalls mehrere Anträge, die auf Errichtung von Schwangeren- und Entbindungsheimen und Kindergärten abzielen, das gesamte Gesundheits- und Wohlfahrtswesen einheitlich zusammenfassen und auf alle dauernd in Deutschland Ansässigen auszudehnen sind. Weitere Anträge verlangen vollkommene freie ärztliche Behandlung, Uebernahme aller privaten Wohlfahrtseinrichtungen auf den Staat, Zwangsbehandlung der Geschlechtskranken und Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose, Verbot der Erzeugung von Alkohol, außer für technische und medizinische Zwecke, Aufhebung der ärztlichen Ehrengerichte, Verbot der Nebenarbeit von Beamten, Vermehrung der Kreisärztestellen, freie Hebammenhilfe, Vermehrung der Frauenreferate bei allen Behörden. Insgesamt vertritt sie 32 Anträge.

Minister **Hirtsiefer:** Professor Brunner bearbeitet im Wohlfahrtsministerium einen Zweig der Jugendpflege. Sein Kampf gegen Schmutz in Wort und Bild falle unter die Kompetenz des Innenministers und des Berliner Polizeipräsidiums. Sollten sich aus seiner Tätigkeit beim „Reigen"-Prozeß dienstliche Vorbehalte nötig gemacht haben, so wäre es Sache des Innenministeriums gewesen, dem Wohlfahrtsminister entsprechende Mitteilungen zu machen. Die Theaterpolizei habe mit dem Wohlfahrtsministerium nichts zu tun. Das Hebammengesetz werde mit größter Beschleunigung vorgelegt werden. Bei dem Mieterschutz müsse der Entwicklung der tatsächlichen Verhältnisse Rechnung getragen werden, was nicht heißen soll, daß die Mieten hinaufklettern sollten, wohl aber müßten die Kommunalabgaben irgendwie ausgedehnt werden.

Abg. Frau **Christmann** (U.) tritt noch für zwei weitere Anträge ihrer Partei ein, außerdem fordert sie für die sozialen Rentner 100 000 ℳ als Beihilfe zur Linderung der herrschenden Not.

Abg. Frau **Dönhoff** (D.) meint, der sittliche Niedergang unseres Volkes zeige sich in dem monatelang andauernden großen Kassenerfolg der „Reigen"-Aufführung. Besserung könne nur Selbsthilfe bringen.

Abg. **Ladendorff** (Wirtsch. Partei) verlangt Hilfe für die Kleinrentner und Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, insbesondere der Höchstmietenordnung.

Nächste Sitzung Dienstag, 6. Dezember, 12 Uhr. Tagesordnung: Kleine Vorlagen.

Schluß 9,15 Uhr.

Aus dem Steuerausschuß des Reichstages.

* **Berlin,** 30. Nov. Im Reichstagsausschuß für Steuerfragen berichtete Abg. Dr. Fischer-Köln (Dem.) über die Verhandlungen des Unterausschusses, die bezweckten, den Tarif der Vermögenssteuer der Geldentwertung bezw. der jeweiligen Geldveränderung (Kaufkraft des Geldes) anzupassen. Der Unterausschuß beantragt, im Gesetz den § 21a einzufügen: „Die Höhe des steuerfreien Vermögensbetrages und der Aufbau der Staffelung der Steuersätze sind im Falle einer erheblichen Veränderung der Kaufkraft des Geldes dieser Veränderung anzupassen und zwar im Wege eines im letzten Vierteljahr, aber vor dem Veranlagungszeitpunkt zu erlassenden Reichsgesetzes." Ohne Annahme dieses Antrages würde es kaum möglich sein, heute einen Tarif festzusetzen, der für den 31. Dezember 1922 (erste Veranlagung) noch passe. Gleichzeitig beantragt der Unterausschuß, die Regierung zu ersuchen, der angeschnittenen Frage der Schaffung einer stabilen Werteinheit nicht bloß für die Steuergesetzgebung, sondern für das ganze Wirtschaftsleben einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen, unter Benutzung ausländischen Materials und unter Hinzuziehung von Währungssachverständigen.

Staatssekretär **Zapf**: Die einheitliche Auffassung ginge dort dahin, daß unter Festhalten der Steuersätze der Tarif auseinandergezogen werden müsse, um auf diese Weise insbesondere die Belastung der kleinen und mittleren Vermögen der Geldentwertung anzupassen und ein zu scharfes Steigen der Sätze zu vermeiden. Die Regierung werde die Frage unter diesem Gesichtspunkte prüfen und gegebenenfalls einen Vorschlag machen.

In der **Abstimmung** wurde der Antrag des Unterausschusses (§ 21a) durch die Stimmen des Zentrums und der sozialdemokratischen Parteien abgelehnt.

Zur Erörterung standen nun § 20 ff. der Regierungsvorlage. § 20 bestimmt, daß steuerpflichtig nur der den Betrag von 100 000 ℳ übersteigende Teil des abgerundeten Vermögens ist. § 21 setzt die Staffelung der Vermögenssteuer fest. Danach beträgt die Vermögenssteuer jährlich für die natürlichen Personen von den ersten angefangenen oder vollen 100 000 ℳ des steuerpflichtigen Vermögens eins vom Tausend, für die nächsten angefangenen oder vollen 150 000 ℳ anderthalb vom Tausend, für die nächsten 250 000 Mark zwei vom Tausend, für die nächsten 250 000 ℳ zweieinhalb vom Tausend, für die nächsten 250 000 ℳ drei vom Tausend, für die nächsten 500 000 ℳ vier vom Tausend usw. Für die übrigen Steuerpflichtigen beträgt die Vermögenssteuer jährlich anderthalb vom Tausend des steuerpflichtigen Einkommens.

Staatssekretär **Zapf**: Der Staffeltarif ist gewählt worden, um eine allmählich ansteigende Belastung möglich zu machen. Schwierigkeiten entstehen den Finanzämtern dadurch nicht, da Tabellen, die für jedes Vermögen den Steuersatz sichtbar machen, angefertigt werden. So war es zum Beispiel auch beim Reichsnotopfer und auch bei der Einkommensteuer. Würde dagegen der Staffeltarif aufgegeben werden, so müßten für die Grenzfälle wieder Vorschriften gegeben werden; denn es müßte vermieden werden, daß ein Steuerpflichtiger mit einem großen Vermögen dadurch, daß sein Vermögen eben über eine neue Steuerstufe hinausgeht, durch Erhebung des höheren Steuersatzes an Vermögen weniger behält, als derjenige mit geringerem Vermögen. Die Aufgabe des Staffeltarifs würde also den Finanzämtern die Geschäfte nicht erleichtern, sondern erschweren.

§ 20 wurde angenommen. § 21, der die Tarifsätze enthält, wurde abgelehnt.

Der Vorsitzende stellte fest, daß die verschiedenen Beweggründe der Abstimmung klargelegt seien und ebenso Einmütigkeit darüber bestehe, daß die jetzt im Gesetzentwurf klaffende Lücke über die Art und Höhe der Tarifierung in der zweiten Lesung ausgefüllt werden müsse. Auf Vorschlag verschiedener Mitglieder des Hauses wurde schließlich der Ausweg in Aussicht genommen, die zweite Lesung der Tarifbestimmungen nach Vorlegung eines neuen Tarifs vorweg zu nehmen.

Politische Tagesnachrichten.

Minister Schmidt über die Wirtschaftslage.

WTB. Kassel, 30. Nov. Gestern abend sprach in der Stadthalle der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt über die deutsche Wirtschaftslage. Er gab dabei einen Rückblick auf die Arbeitslage der Industrie. Die Textilindustrie beschäftige nur 80 Prozent ihrer Spindeln. Ebenso liege der Baumarkt danieder, die Eisenindustrie habe eine große Zahl von Hochöfen nicht mehr in Betrieb. In der Zement- und Kalkindustrie, für die heimische Rohstoffe genügend vorhanden seien, mache sich die volle Ueberlegenheit der Konjunkturlage durch den Kohlenmangel, der auf die Zwangsbelieferung an den Verband zurückzuführen sei, bemerkbar. Die deutsche chemische Industrie leide unter der ausländischen Konkurrenz, die während des Krieges stark geworden sei. Die Landwirtschaft habe sich dagegen wieder erholt. Die Hauptursache der Preissteigerung liege in der Entwertung der Mark. Die bisherige Unterfassung der Erfassung der Sachwerte sei ein Grund mit für den Valutasturz. Der Tiefstand der Mark wirkt katastrophal. Amerikanischer Weizen kostet z. B. jetzt 14 000 ℳ gegen 240 ℳ vor dem Kriege, der jetzige Inlandpreis betrage 7000 ℳ. Auch die Preise für Butter und Milch seien ungerechtfertigt hoch. Abgesehen von Rußland, Polen und Oesterreich sei die Teuerung in Deutschland am größten. Sehr wichtig wäre es, wenn man den Eisenmarkt ebenso binden würde, wie die Preisgestaltung der Kohle gebunden sei. Würden die Kohlen freigegeben, so gäbe das Preisentwickelungen, die alle bisherigen in den Schatten stellen würden. Der Minister sagte zum Schluß, man überschätze die Einsicht mancher Leute in den Verbandsländern nicht, die heute schon erklären, daß die Entschädigungsforderungen undenkbar seien. Der Vorschlag der englischen Industrie laufe letzten Endes darauf hinaus, einen Teil der deutschen Aktien in ihren Besitz zu bringen, und damit einen gewaltigen Einfluß auf die Führung der deutschen Industrie zu erhalten.

Die Kohlenversorgung gefährdet.

* **Berlin,** 30. Nov. Die „B. P. N." geben nachstehende amtliche Mitteilung des Reichskohlenkommissars bekannt: In den letzten Tagen ist die Wagengestellung nicht nur im mitteldeutschen Kohlenrevier, sondern auch im Ruhrrevier so schlecht geworden, daß die Kohlenzufuhren für die wichtigsten Verbraucher ins Stocken geraten. Der Verkehr auf dem Rhein-Herne-Kanal und auf dem Main ist wegen Frostes völlig und die Rheinschiffahrt wegen Wassermangels nahezu eingestellt. Bei dieser Verkehrslage ist die Kohlenversorgung zahlreicher Gebiete, insbesondere Südwestdeutschlands, **aufs schwerste gefährdet.** Wenn es der Eisenbahn nicht gelingt, in den nächsten Tagen die Wagengestellung in den Kohlenrevieren wesentlich zu verbessern, sind **Katastrophen unvermeidlich.**

Die Versorgung mit Kartoffeln.

WB. Berlin, 1. Dez. **(Telegr.)** Wie die Blätter aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft erfahren, hat das Ministerium die Regierungen der Länder ersucht, in den Erzeugergebieten für Kartoffeln Verhandlungen zwischen Landwirtschaft, Handel und Verbrauchern einzuleiten zu dem Zweck, den unmittelbaren Abschluß von Lieferungsverträgen herbeizuführen. Als Preis soll nach Möglichkeit der in den Erzeugergebieten von den örtlichen Kommissionen ermittelte Angemessenheitspreis zugrunde gelegt werden.

Reichsverband der deutschen Industrie.

WB. Berlin, 1. Dez. **(Telegr.)** Zu den gestrigen Blättermeldungen über die Präsidialsitzung des Reichsverbandes der deutschen Industrie erklärt der Reichsverband, daß das Präsidium sich mit der Frage der im Ausland aufzunehmenden Kredite und den von dem Reichsverband für die Aufbringung dieser Kredite erforderlichen Voraussetzungen überhaupt nicht befaßt habe. Auch Herr Stinnes habe über seinen Londoner Aufenthalt mit keinem Wort gesprochen. Die Tagung des Präsidiums habe vielmehr der Erledigung laufender Geschäfte gegolten. Der Ausschuß der Kreditbitte des Reichsverbandes habe sich gemäß dem vom Reichskanzler ihm übermittelten Wunsch mit der Wahl von Kommissionen beschäftigt.

Eingliederung Pyrmonts in Preußen.

WTB. Berlin, 1. Dez. **(Telegr.)** Der Staatsvertrag zwischen Preußen und Waldeck-Pyrmont über die Eingliederung von Pyrmont in Preußen und die Provinz Hannover ist nunmehr in Arolsen abgeschlossen worden. Für Preußen unterzeichneten Ministerialdirektor Meister, Geh. Finanzrat Mackensen und Geh. Reg.-Rat von Kameke, für Waldeck-Pyrmont Landesdirektor Schmedding.

Die Danziger Eisenbahnen in polnischer Hand.

TU. Danzig, 1. Dez. **(Telegr.)** Die Danziger Eisenbahnen gehen heute in den Besitz des polnischen Staates über. Der frühere Senatspräsident Sahm gab in einer Versammlung von Angestellten- und Arbeitervertretern der Hoffnung Ausdruck, daß die Beamten, die in den polnischen Staatsdienst übertreten, alles tun werden, um ein gutes gegenseitiges Verhältnis herzustellen, und dankte ihnen für ihre treuen Dienste.

Erweiterung der Koalition in Bayern.

In bayrischen politischen Kreisen und in der Presse war in den letzten Tagen vielfach die Rede von der Wiederaufnahme der Bayrischen Mittelpartei, also der Deutschnationalen, in die Regierungskoalition. Jetzt wird bekannt, daß in den letzten Tagen tatsächlich über die Frage Besprechungen zwischen dem Führer der Landtagsfraktion, der bayrischen Volkspartei und dem Führer der Bayrischen Mittelpartei auf den Wunsch des Letzteren stattgefunden haben. Ein greifbares Ergebnis ist bis jetzt noch nicht zu melden. Die Bayrische Volkspartei hat bisher noch keinen Anlaß gehabt, in ihrer Fraktion sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Das Korrespondenzorgan dieser Partei erklärt aber, daß die Wiederbesetzung des bayrischen Justizministerpostens nicht mehr länger hinausgeschoben werden kann. Die Wiederherstellung der bürgerlichen Einheitsfront in Bayern würde nach der Auffassung der Bayrischen Volksparteikorrespondenz von allen, welche den festen Zusammenschluß der nichtsozialistischen Parteien als eine erfolgreiche Politik gegenüber den Gefahren eines neuen Umsturzes für ersprießlich halten, begrüßt werden.

Ein Pariser Blatt kündigt einen internationalen demokratischen Kongreß an, der vom 4. bis 11 Dezember in Paris stattfinden soll, für den man auch die Teilnahme deutscher Politiker erwartet. Der Einberufer dieses Kongresses ist der christliche Demokrat Deputierte Marc Sangnier. Der Einberufer veröffentlicht in der „Ere Nouvelle" das Leitwort für den Kongreß, in dem dessen Aufgabe dahin bestimmt wird, man müsse nach anderen als militärischen Garantien, nämlich nach moralischen Garantien suchen, damit Deutschland keine Bedrohung mehr für Europa bedeute. An dem Tage, wo der Völkerbund eine wirkliche Gemeinschaft der Völker würde, werde sich das internationale Gewissen entwickeln und werde sich in der Welt wahrhaft etwas geändert haben. Eine derartige Umgestaltung könne sich aber nicht allein vollziehen, deshalb müsse man die öffentliche Meinung beeinflussen.

cpc. Die Beteiligung von Laien bei der Rechtsprechung.

Der Vertretertag des preußischen Richtervereins, der, wie wir bereits gemeldet haben, in der letzten Novemberwoche in Berlin tagte, hat in einem zweiten Beschluß zu der Frage der weiteren Beteiligung des Laienelements bei der Rechtsprechung in Strafsachen Stellung genommen. Die Vorwürfe, die zumal in Arbeiterkreisen gegen die Rechtsprechung erhoben werden, beziehen sich fast ausschließlich auf die Rechtsprechung in Strafsachen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß es im dringendem Interesse des Staates und der Volksgemeinschaft liegt, daß die Vorwürfe gegen eine angebliche nicht unparteiische Rechtsprechung in Strafsachen möglichst bald von der Tagesordnung [illegible] werden. Dabei soll ganz dahingestellt bleiben, ob und inwieweit diese Vorwürfe berechtigt sind. Es muß auf jeden Fall mit der Tatsache gerechnet werden, daß die Vorwürfe bestehen und vorhanden sind. Eine Reihe von Mitteln kommen in Frage, um die Vorwürfe zu beseitigen. Neben einer Heranziehung aller Kreise, insbesondere auch der Arbeiterkreise, bei der Wahl als Schöffen und Geschworene, die der preußische Richterverein, wie bereits an dieser Stelle gewürdigt wurde, selbst dringend befürwortet hat, ist als besonders geeignetes Mittel, um das Vertrauen in die Rechtsprechung zu erhalten, die Schaffung von großen Schöffengerichten und Berufsstrafkammern vorzusehen. In diesen großen Schöffengerichten und Berufungsstrafkammern sollen dauernd Laienvertreter und zwar, wie wir hervorheben möchten, auch solche aus den Arbeiterkreisen an der Rechtsprechung beteiligt werden. Der preußische Richterverein hat die Notwendigkeit dieser neuen Einrichtungen anerkannt und dazu folgenden Beschluß gefaßt:

„Der preußische Richterverein ist bereit, trotz schwerer finanzieller Bedenken sich dafür einzusetzen, daß bei der angekündigten Berufung in Strafsachen das Laienelement auch bei der Besetzung der großen Schöffengerichte und der Berufskammern hinzugezogen wird. Eine solche Laienbeteiligung läßt sich aber nur rechtfertigen, wenn die Zahl der rechtsgelehrten Richter drei beträgt, die Zahl der Laienrichter zwei. Die letzteren würden die Verneinung der Schuldfrage in der Hand haben. Bei einer Besetzung mit drei Berufs- und zwei Laienrichtern könnte nötigenfalls dem Laienelement ein größerer Einfluß in der Strafzumessung durch Aenderung des Stimmenverhältnisses in der Weise gesichert werden, daß die absolute Mehrheit des § 198 G. V. G. (des Gerichtsverfassungsgesetzes) durch eine Zweidrittelmehrheit ersetzt wird. Der preußische Richterverein hofft, daß dem fast einmütigen Verlangen der Geschworenen, die Beantwortung der Schuldfrage und die Strafzumessung Geschworenen und Berufsrichtern gemeinsam zu überlassen, entsprochen wird."

Dieser Beschluß ist als ein weiteres Zeichen dafür anzusprechen, daß die preußischen Richter selbst gewillt sind, mitzuhelfen, damit das Mißtrauen gegen die Rechtsprechung ausgeräumt und beseitigt werde. Die preußischen Richter wollen aber durch den Beschluß auch zu erkennen geben, daß die Beratungen der Strafgerichte das Licht der Oeffentlichkeit nicht zu scheuen brauchen. Man darf hoffen, daß dieser Beschluß der preußischen Richter dazu beitragen wird, die Spannung zwischen Justizbehörden und Arbeiterschaft zu mildern und zu beseitigen, nach dieser Richtung hin ist er in der heutigen Zeit ganz besonders lebhaft zu begrüßen.

Umschau im Auslande.

In **Italien hat Briands Phrase in Washington** (Italiens Heer sei in der Zersetzung), welche jedoch als Falschmeldung widerrufen wurde, einen großen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. In den größeren Städten fanden jedoch Gegendemonstrationskundgebungen statt, in Neapel wurden Fahnen in französischen Farben verbrannt und in Turin das französische Konsulat verwüstet und der Konsul mißhandelt.

Das **rumänische Parlament** wurde nach einer Bukarester Meldung am Montag vom König eröffnet. In der Thronrede sagte der König u. a., dank den Regierungsmaßnahmen zur Sicherung der Ordnung im Innern habe die Arbeit im Lande friedlich und unter günstigen Bedingungen vor sich gehen können. Die letzten noch bestehenden Ausnahmemaßregeln würden bald aufgehoben werden können. Die Beziehungen zu den Alliierten seien weiter eng und herzlich. Neue Bündnisse seien mit den Nachbarländern geschlossen worden, mit denen Rumänien die gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Interessen verbänden. Die Beziehungen zu den anderen Staaten nähmen wieder normale Gestalt an. Die Thronrede weist ferner u. a. auf die zur endgültigen Besserung der Finanzlage notwendigen Maßnahmen hin. Die Wahlreform solle auf der Grundlage des allgemeinen, direkten, geheimen und obligatorischen Wahlrechts mit proportionaler Vertretung der Minderheiten zu Ende geführt werden. Schließlich erwähnt die Thronrede noch die militärischen Reformvorlagen.

Die Einführung einer **Regentschaft in Japan** ist dieser Tage vollzogen worden. Für den erkrankten Mikado wurde Kronprinz Hirohito zum Regenten gewählt. Von der Berliner japanischen Gesandtschaft wird dazu mitgeteilt, daß ein Communiqué des kaiserlichen Hausministeriums folgendes besagt: „Seine Majestät war gleich nach der Geburt von einer Gehirnhautentzündung befallen worden, und ist infolgedessen später stets von schwacher Gesundheit gewesen. Seit dem Eintritt in das Mannesalter erfreute er sich zwar eines verhältnismäßigen Wohlbefindens; aber bald nach der Thronbesteigung, etwa seit 1914 oder 1915, schwächten ihn die Anstrengungen, die mit der gewissenhaften Ausübung der kaiserlichen Pflichten verbunden sind. Anfangs gab sein Zustand zu Bedenken keinen Anlaß; später aber, etwa seit 1919, wurde er so schwach, daß er nicht mehr der Eröffnungsfeier des Parlaments beiwohnen konnte, und die Erholungszeit mußte Winter und Sommer immer mehr verlängert werden. Trotzdem hat sich sein Zustand verschlechtert; die Fähigkeiten nehmen immer mehr ab und zwar nicht wegen eines Nervenleidens, sondern wegen der Schwächung des Gehirns; darin stimmten die Aerzte der Leibärzte überein. In letzter Zeit ist es ihm unmöglich geworden, die kaiserlichen Obliegenheiten zu erfüllen. Daher war es unvermeidlich, daß der Kronprinz zum Regenten ernannt wurde."

* **Zwischen England und Afghanistan** ist nach langwierigen schwierigen Verhandlungen ein Vertrag zustande gekommen, dem ganz zweifellos eine große politische Bedeutung zukommt. Ein unabhängiges Afghanistan ist eine dauernde Bedrohung Indiens umsomehr, seit Afghanistan einen Bündnisvertrag mit Sowjet-Rußland abgeschlossen hat. England war seit je her darauf bedacht, zum Schutze seiner Herrschaft in Indien Afghanistan in Abhängigkeit von sich zu bringen. Das hat zu mehreren blutigen Kämpfen zwischen England und Afghanistan geführt, ohne daß England der Erreichung seines Zieles nahe gekommen wäre. Der jetzt abgeschlossene Vertrag bedeutet einen großen Erfolg für Afghanistan, denn England erkennt seine Unabhängigkeit in diesem Vertrage ohne Vorbehalt an und hat darüber hinaus Afghanistan eine Reihe von Zugeständnissen, vor allen Dingen in der Frage der Waffeneinfuhr, die für England von einschneidender Bedeutung ist, machen müssen. Bemerkenswert ist ferner die Tatsache, daß in dem englisch-afghanischen Vertrag mit keinem Wort von dem Vertrage Afghanistans mit Sowjet-Rußland die Rede ist. Bezeichnend ist auch, daß die englische Regierung bisher Abstand genommen hat, den Vertrag in allen Einzelheiten zu veröffentlichen. Sie hat das vermutlich deshalb nicht getan, weil die englische öffentliche Meinung wahrscheinlich mit dem Abkommen nicht ganz zufrieden sein dürfte. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß vor noch garnicht langer Zeit der Vertreter Afghanistans von dem englischen Außenminister Lord Curzon dadurch abgespeist wurde, daß er die Afghanen mit ihren Forderungen gleichsam als asiatischen Vasallenstaat an die indische Regierung in Delhi verwies. In dem jetzt abgeschlossenen Vertrag aber hat England einen eigenen Gesandten Afghanistans in London zugestanden. Der Vertrag Englands mit Afghanistan ist die endgültige Aufgabe der Versuche Englands, Afghanistan in irgendeine Art von Abhängigkeit zu bringen.

*

England und die Reparationsfrage.

WTB. Paris, 30. Nov. Der Londoner Berichterstatter des „Temps" weist darauf hin, daß die brittische Regierung der Meinung von Sir John Bradbury, dem Vertreter Englands in der Reparationskommission, anschloß, wonach anscheinend Deutschland nach der ersten oder zweiten Reparationszahlung ein Moratorium von zwei oder drei Jahren gewährt werden müsse. Der Korrespondent weist auf die Artikel 233 und 234 des Friedensvertrages hin und auch auf § 13, Anhang 2 des Teiles 8, über die Reparationen, um festzustellen, daß für ein Moratorium dieser Art nicht die Einstimmigkeit der Reparationskommission, sondern ein einfacher Mehrheitsbeschluß erforderlich ist.

WTB. London, 30. Nov. **(Tel.)** Der parlamentarische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt: Im Hinblick auf die Tatsache, daß die britische Regierung daran sei, die gesamte Reparationsfrage im Lichte der augenblicklich chaotischen finanziellen Verhältnisse zu erörtern, fand gestern nachmittag im Schatzamt eine **Konferenz der Schatzverständigen** statt, die über 3 Stunden dauerte. Daran nahmen u. a. teil: Der Schatzkanzler, der britische Botschafter in Berlin Lord d'Abernon und Sir James Bradbury. Ein von letzterem verfaßter Bericht wurde eingehend erörtert. Wie verlautet, wurden gewisse Vorschläge entworfen, die dem Kabinett vorgelegt werden sollen. Die „Times" berichtet, daß d'Abernon mit Lloyd George gestern zusammengetroffen sei.

Hardings Gesellschaft der Nationen.

WTB. Paris, 30. Nov. Nach einer Meldung des Sonderberichterstatters der Agence Havas in Washington verlautet in Kreisen des Weißen Hauses, Präsident Harding beabsichtige die im Gange befindlichen Verhandlungen über die Abrüstung und den fernen Osten nicht dadurch zu komplizieren, daß er der Konferenz den Plan einer künftigen Gesellschaft der Nationen vorlege. Immerhin hoffe er, daß es nach Lösung dieser Frage zu späteren ähnlichen Konferenzen komme. Die Frage der Finanzen der ganzen Welt, nämlich die der Kriegsschulden, scheine in dieser Beziehung besonders dringlich zu sein. Nach Ansicht des Präsidenten werde diese neue Gesellschaft nicht den Charakter einer mit dem Völkerbund konkurrierenden Organisation tragen.

Neueste Nachrichten.

WB. Berlin, 1. Dez. Wie das „B. T." aus Düsseldorf meldet, haben infolge des Metallarbeiterstreiks die französischen Behörden in Düsseldorf das Auftreten von Klara Zetkin untersagt.

WTB. Stuttgart, 30. Nov. Der **Parteitag der deutschen Volkspartei** wurde heute durch eine Sitzung des Zentralvorstandes eingeleitet. Für den leidenden Parteivorsitzenden Dr. Stresemann führte [illegible] Finanzminister Dr. von Richter den Vorsitz.

WB. Wien, 1. Dez. (Telegr.) [illegible] Untersuchungsgefängnis haben die beiden südslawischen Kommunisten Stanlowic und Zekic, die wegen Mitschuld an dem Belgrader Attentat verhaftet wurden, aus Demonstration den **Hungerstreik** begonnen, weil ihr Ersuchen nach Freilassung abgelehnt wurde. Von Belgrad wird die Auslieferung der beiden Kommunisten, die früher Abgeordnete waren, verlangt.

WTB. Paris, 30. Nov. Als Vertreter der Interessengemeinschaft der deutschen chemischen Industrie hielt sich Generalkonsul von Weinberg aus Frankfurt a. M. mehrere Tage in Paris auf, um mit den Vertretern des Reparationsausschusses über Lieferungen zu verhandeln, die sich aus den Bestimmungen des Vertrages von Versailles für die deutsche chemische Farbenindustrie ergeben. Die Meldung der „Chikago Tribune", daß die Reise des Herrn von Weinberg nach Paris im Zusammenhang stehe mit der Reise des Herrn Stinnes nach London, entspricht den Tatsachen.

WTB. Paris, 30. Nov. In Metz starb heute im Alter von 68 Jahren der Domherr Collin, Senator von Metz.

WTB. Paris, 30. Nov. Der **Massenmörder Landru wurde zum Tode verurteilt.**

Kurse der Industriebörse Essen

vom 30. November.

Mitgeteilt von der Dresdner Bank Filiale Münster, Münster i. W.

Kohlen- und Braunkohlenwerte:

Alte Haase 50 000 zu 60 000. — Caroline 67 000 zu 80 000. —Carolus Magnus 105 000 zu 115 000. — Diergardt 122 000 zu 125 000. — Ewald 750 000 zu 800 000. — Glückaufsegen 95 000 zu 105 000. — Gottessegen 70 000 zu 80 000. — Graf Bismarck — zu 825 000. — Graf Schwerin 350 000 zu 365 000. — Heinrich 150 000 zu 165 000. — Johann Deimelsberg 140 000 zu 160 000. — König Ludwig — zu 800 000. — Langenbrahm 220 000 zu 250 000. — Moers 80 000 zu 88 000. — Trappe 41 000 zu 45 000. — Trier 90 000. — Wilh. Mevissen 115 000 zu 125 000. — Leonhardt 130 000 zu 145 000. — Michel 130 000 zu 145 000. — Vesta 88 000 zu 95 000. — Adler-Kohle-Aktien 790 zu 830 Proz. Lothringer Bergwerksaktien 1450 zu 1600 Prozent.

Kaliwerte:

Aller Hammonia 14 700 zu 16 000. — Asse 66 000 zu 78 000. Bergmannssegen 122 000 zu 130 000. — Burbach 160 000 zu 180 000. — Einigkeit 57 000 zu 61 000. — Felseniest 46 000 zu 49 000. — Gebra 65 000 zu 72 000. — Glückauf-Sondershausen 170 000 zu 180 000. — Günthershall 45 000 zu 50 000. — Hedwigsburg (Rothenberg) 11 500 zu 11 500. — Heringen 42 000 zu 44 000. — Hohenfels 75 000 zu 85 000. — Hugo 106 000 zu 112 000. — Hupstedt 44 000 zu 47 000. — Königshall — zu 140 000. — Neusxaßfurt 1900 zu 21 500. — Rheinhardsbrunn 25 00 zu 28 000. — Rössing Barnten 68 000 zu 72 000. — Rothenfelde 33 500 zu 35 500. — Siegfried I 58 000 zu 62 000. — Siegfried Giesen 117 000 zu 123 000. — Volkenroda 80 000 zu 90 000. — Walbeck 52 000 zu 60 000. — Wilhelmshall 100 000 zu 110 000. — Wintershall 850 000 zu 950 000. — Adler-Kali-Aktien 650 zu 670 Prozent. — Hallesche Kali-Aktien 600 zu 620 Proz. — Hannoversche Kali-Aktien 1200 zu 1250 Proz. — Heldburg Vorz.-Aktien 890 zu 900 Proz. — Krügershall Kali-Aktien 740 zu 780 Prozent. — Ronnenburg aKisi-Aktien 810 zu 820 Prozent.

Aktien ohne Börsennotiz.

Becker Stahlwerk 740 zu 750 Proz. — Benz Motoren 890 zu 900 Proz. — Brückenbau Flender 1030 zu 1070 Proz. — Chem. Rhenania 1240 zu 1260 Proz. — Eisenhütte Westfalia Bochum 1400 zu 1500 Proz. — Elsa Cement 870 zu 890 Proz. — Halbach Maschinen 545 zu 555 Proz. — Hansa Lloyd 590 zu 600 Proz. — Kabel Rheydt 630 zu 670 Proz. — Rud. Karstadt 405 zu 415 Prozent. — Ludw. Ganz 520 zu 530 Proz. — Mannesmann Mulag 550 zu 590 Proz. — Rh.-Westf. Elektr. 850 zu 875 Proz. — Rh.-Westf. Schachtbau-Vorz. 880 zu 895 Proz. — Trierer Walzwerke — zu 940 Proz. — Tiag 840 zu 860 Proz. — Uerdinger Waggon — — R. Wolff 1050 zu 1080 Prozent.

Städtisches.

Münster, 1. Dezember.

* **Personalnachrichten der Eisenbahndirektion Münster.** Ernannt: Regierungsbaumeister Fricke in Münster zum Regierungsbaurat; die Werkstättenvorsteher Bornemann in Haltern, Kerll in Münster, Koch in Osnabrück und Priem in Emden, die Werkmeister Deiters in Norden, Brunswig in Coesfeld, Rose in Gronau, Haas in Bocholt, Müller in Buchholz, Kunzmann in Rhaden, Wacker in Münster, Weitemeyer, Clabes, Spieß, Köchling, Franz Schulte in Lingen, Spenker, Pate, Kohlmann, Erfeck, Sirreberg und Witt in Osnabrück, die Oberbahnmeister Bergner in Bassum, Brunsik in Bocholt, Stoppenbrink in Bohmte, Meyerhoff in Diepholz, Grünner in Dülmen, Kiefert in Gronau, Schonlau in Hervest-Dorsten, Tielker in Ibbenbüren, Niemann in Bremen, Opitz in Rotenburg, Würdemann in Papenburg, Kerkmann in Salzbergen, Ruthenberg in Syke, Scheibe in Kirchwenhe. Krekeler in Rheine, Schlemm in Kirchwenhe, Wiebe in Hasbergen, Möller in Lingen, Müller in Coesfeld, Gabe, Schrader und Wahrenholz in Münster zu Eisenbahningenieuren; Eisenbahninspektor Schmidt in Osnabrück zum Eisenbahn-Oberinspektor; die Eisenbahnsekretäre Gabel in Warendorf, Kre und Krüger in Rheine, Radolny, Hauke, Papke und Passienke in Münster zu Eisenbahnobersekretären; die Betriebsassistenten Neubens in Warendorf, Lackmann in Hövelhof, Bannebacker in Wittmund, Benning in Gescher, Dapper, Rotthowe und Frau Adrian in Münster, Anna Wondt und Antonie Wondt in Emden zu Eisenbahnassistenten.

⊙ **Windthorstbund Münster-Mitte.** Freitag, 2. Dez. cr., abends 8½ Uhr Versammlung im Hansahof, Lütteagasse. Thema: „Parteiflügel?" (Dr. Stricker). Um vollzähliges pünktliches Erscheinen wird gebeten.

✧ **Wahl zur Angestelltenversicherung für den Landkreis Münster.** Die Wahl der Vertrauensmänner und Ersatzmänner für die Angestelltenversicherung für den Wahlkreis umfassend den Landkreis Münster findet statt: für die Angestellten am Sonntag, den 15. Januar 1922, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 1 Uhr, für die Arbeitgeber am Montag, den 16. Januar 1922 von vormittags 9 Uhr bis 11 Uhr. Gewählt wird für den ganzen Wahlbezirk im Kreishause zu Münster, Achtermannstraße. Es sind zu wählen 6 Vertrauensmänner und 12 Ersatzmänner. Die Vertrauens- und Ersatzmänner werden je zur Hälfte aus den versicherten Angestellten, die nicht Arbeitgeber sind, und aus den Arbeitgebern der versicherten Angestellten gewählt. Die Vertrauens- und Ersatzmänner aus den Arbeitgebern werden von den Arbeitgebern der versicherten Angestellten, die übrigen von den versicherten Angestellten gewählt. Wahlberechtigt sind volljährige Deutsche männlichen und weiblichen Geschlechts, sofern sie zu den versicherten Angestellten oder deren Arbeitgebern gehören und im Bezirke des Landkreises Münster wohnen.

✧ **Der Baumberge-Verein** ladet für Sonntag zu einer Tageswanderung nach Hohenholte ein. Die Teilnehmer versammeln sich am Neutor und gehen von dort um 9½ Uhr über den Horstmarer Damm und den Klosterweg. Der Rückweg wird wahrscheinlich über Roxel führen.

♂ **Preuß. Süddeutsche Klassenlotterie.** Die nicht bis zum planmäßigen Erneuerungs-Schlußtermin am 29. November eingelösten Lose werden zu dieser Lotterie ausnahmsweise noch bis zum 3. Dezember reserviert gehalten.

V **Schwurgericht.** Die Verhandlungen gegen den Bergmann Josef Reusch, Gerit Scheringa, Ewald Badura, Maria Gutzmeiler, über die wir schon berichteten, zogen sich bis in die Abendstunden hinein. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage. Reusch erhielt vier Jahre Zuchthaus, außerdem wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre aberkannt; Scheringa erhielt 2 Jahre Gefängnis, Badura und Frau Gutzmeiler kamen unter Zubilligung mildernder Umstände mit 1 Jahr Gefängnis davon. Allen Angeklagten wurde die Untersuchungshaft angerechnet.

* **Aus dem Theaterbüro.** Die infolge Erkrankung im Personal verschobene Erstaufführung des Märchensingspiels „Die Prinzessin auf der Erbse" von Max Heckmann, Musik von Fritz Fleck, kann mit Rücksicht auf den festgelegten Proben- und Spielplan nunmehr erst nach Weihnachten stattfinden. — Für Sonntag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, wird als Novität in der Operette „Das Hollandweibchen" von Leo Stein und Bela Jenbach, Musik von Emmerich Kalman, eine der erfolgreichsten Operetten im deutschen Bühnenspielplan, vorbereitet.

25. Stadtverordneten-Sitzung.

Münster, 30. November.

(Schluß des Berichts.)

Veräußerung einer Parzelle am Sentruperweg. Der Magistrat legt die in der letzten Sitzung zurückgewiesene Vorlage auf Verkauf einer Parzelle am Sentruperwege an Herrn Höfler wieder vor. Herr Höfler hat sich verpflichtet, auf dem hinteren Drittel der beiden Parzellen noch zwei Einfamilienhäuser als Doppelhaus aufzuführen und mit dem Bau dieses Doppelhauses bis spätestens 1. Okt. 1922 zu beginnen. Als Preis bietet er nunmehr einheitlich 60 M je Geviertrute. Von den vier noch in diesem Jahre zu beginnenden Wohnungen will er drei Wohnungen und von den zwei bis 1. Oktober 1922 zu beginnenden Wohnungen eine Wohnung nur an Wohnungsuchende, die in die Liste des städtischen Wohnungsamtes eingetragen sind, vergeben.

Die Vorlage wird **angenommen.**

Die Hauungs- und Kulturpläne für die Forsten der Stadt und des Wohlfahrtsamtes für 1922 werden durch Kenntnisnahme erledigt. Stadtv. **Hoffmann** (Soz.) bringt dabei das Eingehen einiger Bäume an der Kanalstraße zur Sprache und bemerkt dabei, daß der Oberbürgermeister von den Beamten die der Ursache nachgehen sollten, beschwindelt sei. Diese Bemerkung weist Oberbürgermeister Dr. **Sperlich** energisch zurück.

Städtischer Grundbesitzausschuß. Der vom Magistrat vorgelegte Entwurf der Bestimmungen über Bildung, Aufgaben und Befugnisse des städtischen Grundbesitz-Ausschusses wird genehmigt, die Vorlage entspricht einem Antrage des Stadtv. Lange.

Abänderung der Ordnung für die Erhebung einer Gemeindesteuer bei Erlangung der Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft usw. Die Steuersätze der Ordnung für die Erhebung einer Gemeindesteuer bei der Erlangung zum Betriebe der Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein im Bezirk der Stadt Münster vom 6. Aug. 1920, stehen infolge der Geldentwertung nicht mehr im Verhältnis zu dem Werte der Erlaubnis. Der zuständige Minister hat deshalb angeregt, die bisherigen in der Musterordnung vorgesehenen Steuersätze zu vervierfachen. Die ursprünglichen Sätze der Steuerordnung waren ihrerseits infolge einer gleichen Anregung des Ministers durch Beschluß der Versammlung vom 4. August 1920 verdoppelt, so daß die jetzt gültigen Steuersätze gleichfalls zu verdoppeln sind. Da die ursprünglichen Steuersätze zum Teil hinter denen der Musterordnung zurückblieben, erscheint es mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt geboten, der Anregung zu folgen. Im übrigen hat der Minister auch die Aenderung der Prozentsätze empfohlen, die zur Anrechnung kommen, wenn die Erlaubnis für eine Betriebsstätte, in der schon unmittelbar vorher Wirtschaft betrieben wurde, oder einem Pächter erteilt wird. In dem Entwurfe sind die Sätze entsprechend diesem Vorschlage eingesetzt. In den letzten Jahren hat ein erheblicher Wechsel in den Gast- und Schankwirtschaften stattgefunden. Im Jahre 1917 sind 5, 1918 6, 1919 67, 1920 40 und 1921 bis jetzt 25 Genehmigungen erteilt worden. Das Steueraufkommen hat 1919 32 350 M und 1920 35 250 M betragen. — Die Vorlage wird debattelos **genehmigt.**

Abänderung des Beschlusses über die Erhebung eines Zuschlages zur Grunderwerbssteuer. Nachdem die Grunderwerbsteuer am 1. Oktober d. J. durch das Finanzamt übernommen worden ist, hat diese Behörde auch die Zuschläge zur Grunderwerbsteuer für die Gemeinde zu veranlagen und zu erheben. Aus diesem Grunde ersucht das Landesfinanzamt um entsprechende Aenderung des seinerzeit vorgeschriebenen Wortlauts des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung.

Die Vorlage wird **angenommen.**

Bürgschaftsübernahme für die Erteilung der Spielerlaubnis an den Theaterdirektor. Der Direktor des Stadttheaters bedarf gemäß § 32 der Gewerbeordnung einer Spielerlaubnis. Der Bezirksausschuß hat die Erteilung der Erlaubnis davon abhängig gemacht, daß der Theaterdirektor eine Sicherheit von 200 000 M hinterlegt oder daß die Stadt für etwaige Forderungen des Personals selbstschuldnerische Bürgschaft in dieser Höhe übernimmt. Der bisherige Theaterdirektor hatte seinerzeit eine Sicherheit von 15 000 M hinterlegt und es konnte angenommen werden, daß von dem jetzigen Direktor eine Sicherheit von etwa 30- bis 40 000 M gefordert werden würde. Der Bezirksausschuß will jedoch auf Vorschlag der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger die Spielerlaubnis nur unter den vorstehend bezeichneten Bedingungen erteilen, da nach seiner Ansicht die inzwischen eingetretene starke Geldentwertung eine solche Erhöhung rechtfertigt. Die Sicherheit soll bei einer etwaigen Zahlungsunfähigkeit die Ansprüche der Bühnenangestellten für 1 bis 2 Monate sicher stellen. Dem Antrage des Direktors des Stadttheaters entsprechend, hat der Magistrat beschlossen, die Erteilung der Spielerlaubnis durch Uebernahme einer Bürgschaft in der geforderten Höhe zu ermöglichen. — Das Kollegium ist damit einverstanden.

Die Gehaltsregelung der städtischen Angestellten war nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt, die Vorlage erst am Tage zuvor den Stadtverordneten zugegangen. Da es üblich ist, daß nur die Vorlagen zur Verhandlung kommen, welche die Rechnungskommission passiert haben und dies hier nicht geschehen war, wurde dies beanstandet. Vom Stadtv. Balkenaar wurde in der Geschäftsordnungsdebatte behauptet, daß mit den Angestellten nicht verhandelt sei, was Stadtrat Schlanstein zurückwies, da er mit den Spitzenorganisationen verhandelt habe. Da die Geschäftsordnungsdebatte sich weiter auszudehnen drohte, zog der Stadtverordnetenvorsteher die Vorlage zurück bis zur nächsten Sitzung, die am Mittwoch, den 7. Dezember stattfindet.

Schluß der öffentlichen Sitzung 8½ Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung, in der u. a. die Theaterfrage besprochen wurde.

Provinzielle Nachrichten.

X **Ibbenbüren,** 30. Nov. In einer Kaue der Zeche Nieke bei Osterledde entstand ein **Brand,** wodurch 7 Bergleute erheblich verletzt wurden.

= **Bielefeld,** 1. Dez. Wegen Anfertigung **falscher Fünfzigmarkscheine** sind hier der Lithograph Alfred Fricke, der Landwirt Aug. Marten und der Schlosser Ewald Büke **verhaftet** worden. Die Falschmünzergeräte wurden in einer Dachwohnung beschlagnahmt.

+ **Recklinghausen,** 1. Dez. In der gestrigen **Kreistagssitzung** machte der Vorsitzende des Kreisausschusses, Landrat Dr. Klausner interessante Mitteilungen über die Wirkungen der neuen Besoldungsordnung für die Beamtenschaft in steuerlicher Hinsicht. Der Landkreis Recklinghausen muß danach an Beamtengehältern insgesamt 3,1 Millionen Mark aufbringen. Davon vereinnahmt das Reich an Einkommensteuer 500 000 Mark. Man ersieht daraus, wie groß die Berechtigung der Kommunen ist auf Rückerstattung der ihnen durch die Neuordnung der Beamtengehälter erwachsenen Mehrausgaben seitens des Reiches. Das gilt zumindest für die Summe, die das Reich steuerlich aus den Beamtengehältern erzielt. Der Kreistag beschäftigte sich weiter mit den vorliegenden Anträgen des Amtes Recklinghausen auf restlose Zusammenlegung mit der Stadt Recklinghausen. Wir berichteten bereits früher, daß die Körperschaften von Stadt und Amt nahezu einmütig diese Zusammenlegung bejaht hatten. Der Kreisausschuß vertritt demgegenüber den Standpunkt, nur einem Teil der Eingemeindung zustimmen zu können. Es war vorauszusehen, daß die Mehrheit des Kreistages dem Standpunkt des Kreisausschusses beitreten würde. Dies erfolgte mit 28 gegen 9 Stimmen. Bekanntlich handelt es sich bei diesem Entscheid des Kreistages nur um eine gutachtliche Aeußerung. Die letzte Entscheidung liegt in der Hand des Staatsministeriums bezw. des Abgeordnetenhauses.

= **Gladbeck,** 1. Dez. Die **Stadtverordneten** bewilligten zu den vom Ruhrsiedlungsverband für Kleinwohnungsbauten im Jahre 1922 in Aussicht gestellten 300 000 Mk. weitere 4 200 000 Mk., sodaß im nächsten Jahre zur Förderung des Kleinwohnungsbaus 4½ Mill. Mk. zur Verfügung stehen. Nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters Dr. Jovy müßten an neuen öffentlichen Gebäuden errichtet werden: ein Polizeiamt, eine gewerbliche Fortbildungsschule, ein Heim für die Schutzpolizei, ein Kinderheim und zwei neue Volksschulen. Das Tiefbauamt beabsichtige u. a. eine Straßenbahn nach Gelsenkirchen und eine Straße nach Dorsten zu bauen.

* **Brilon,** 1. Dez. **Ein schrecklicher Unglücksfall** ereignete sich abends auf dem Bahnhof Wulmeringhausen. Die beiden Lehrer Schauerte und Schwoede aus Assinghausen kehrten von einer Reise nach Astenberg zurück. Der Lehrer Schwoede stieg in Wulmeringhausen aus dem Zuge, als dieser noch nicht hielt, geriet dabei unter den Wagen, wurde überfahren, ohne daß es sein Freund zunächst in der Dunkelheit merkte und erlitt furchtbare Verletzungen, namentlich am Unterleib. Wenige Minuten später verschied er in den Armen seines Freundes.

✧ **Warburg,** 1. Dez. Bei der Deutschen Bank hier wurde ein unter dem Namen eines Freiherrn von Hunoldstein auftretender **Scheckschwindler verhaftet.** Der Schwindler, dessen richtiger Name Armin Struckmann ist, hatte einen auf die Deutsche Bank in Zoppot ausgestellten gefälschten Scheck über 1000 Lire zur Einlösung vorgelegt.

* **Düsseldorf,** 29. Nov. In der heutigen **Stadtverordnetenversammlung** wurde die Vorlage über die Besoldungsordnung genehmigt und beschlossen, die für das laufende Verwaltungsjahr hierfür erforderlichen 32 Millionen M durch Erhebung eines 6 Quartals der Gewerbesteuer, durch Erhöhung der Tarife der industriellen Betriebe und Erhöhung der Gebühren für die Straßenreinigung, der Müllabfuhr und Kanalreinigung zu decken. Zur Linderung von Härten bei Erhebung des 6. Gewerbesteuer-Quartals wurde 1 Million M bereitgestellt. Das Abkommen mit der Verwaltung des Phönix, der seinen Hauptsitz nach Düsseldorf verlegt, wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Dann wurden Klagen darüber geführt, daß namentlich Essen mit Düsseldorf in einen scharfen Wettbewerb eingetreten sei und dem Phönix besondere Vorteile angeboten habe. Die Vorlage für die Bewilligung einer weiteren Zubuße von 400 000 Mark an das Schauspielhaus wurde zurückgezogen. Dafür beantragte die Verwaltung für die Monate November und Dezember der Leitung des Schauspielhauses einen Zuschuß von 62 500 M zu bewilligen, um die Gehälter und Löhne der Künstler und Angestellten in angemessener Weise zu erhöhen. Diesem Vorschlag stimmte die überwiegende Mehrheit der Stadtverordnetn zu.

* **Düsseldorf,** 1. Dez. In Lörs drangen nachts 2 Männer in das Bürgermeisteramt ein, übergossen die **Akten mit Petroleum** und legten dann Feuer an. Zum Glück wurde der Brand rechtzeitig bemerkt und gelöscht, ehe größerer Schaden entstanden war.

* **Köln,** 29. Nov. Die **Kartoffeln** sind sehr rar und die Preise bewegen sich in steigender Linie. Im freien Verkauf sind Kartoffeln aus dem hiesigen Produktionsbezirk auf dem Kölner Markt überhaupt nicht zu haben. Die Erzeuger aus der Kölner Umgebung verkaufen nur an Bevorzugte zu unerschwinglichen Preisen. In einer Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen wandte sich der Vorsitzende der rheinischen Landwirtschaftskammer, Freiherr von Schorlemer, gegen die Landwirte, die ihre Kartoffeln zu hundert Mark und mehr für den Zentner anbieten. Das werde auch von der Landwirtschaftskammer nicht gebilligt. In Wirklichkeit kann man gute Kartoffeln aus hiesiger Gegend unter 135 bis 140 M für den Zentner nicht kaufen. Für auswärtige Kartoffeln geringer Qualität, die auch noch durch den Frost gelitten haben, verlangte man gestern in der Markthalle 125—130 M. Es wurde aber festgestellt, daß der Händler hierbei einen übermäßigen Gewinn erzielt hatte.

= **Von der holländischen Grenze,** 1. Dez. Zwischen Selfingen und Bourtange beschlagnahmten deutsche Zollbeamte elf Kühe, die über die Grenze nach Holland geschmuggelt werden sollten.

Vermischtes.

Jagdschloß Letzlingen verkauft.

Halle, 30. Nov. Das ehemals kaiserliche Jagdschloß Letzlingen ist für 750 000 M an die Freie Schule und Werkgemeinschaft Neuhaldensleben verkauft worden. Die Kunstschätze des Schlosses sind zum Teil dem Jagdschlosse Springe und zum Teil Museen überwiesen worden. An den Verkauf der Besitzung ist die Bedingung geknüpft, daß der Bau in seiner äußeren Gestalt erhalten bleibt. — Zu dem Verkauf des Schlosses schreibt der „Altmärker Kreisanzeiger": Gestern stellten sich die Gebrüder Uffrecht aus Neuhaldensleben dem Schloßkastellan als neue Besitzer des Jagdschlosses vor. Es soll eine freie Schul- und Werkgemeinschaft eingerichtet werden. Nötige Einrichtungen, wie Wasserleitung, elektrisches Licht usw., werden sofort in Angriff genommen. Der Kaufpreis mit Inventar soll etwa 760 000 M betragen. Das wäre geradezu ein Skandal. Der Finanzminister klagt über Geldmangel. Wenn aber das Schloß für einen solchen Preis verkauft wird so müßte man eher denken, wir schwämmen in Geld. Es ist reichlich und vorzügliches Inventar vorhanden, z. B. Schreibtische, andere Tische, darunter solche mit kunstvoll eingelegten Platten, Stühle, Polstersessel mit kostbarem Bezug, viele Betten und Bettstellen, Wandschmuck, wie die vielen Geweihe und zahlreiche andere Sachen. Kenner taxieren das Inventar auf mehrere Hunderttausend Mark. Warum ist das Schloß nicht öffentlich ausgeboten? Konnte das Inventar nicht öffentlich verkauft werden? Liebhaberpreise hätten allein den jetzigen Kaufpreis gedeckt. Im Frühjahr soll eine zweite Familien-Wohnung vom Forstfiskus für den Forstkassen-Rendanten und den Forstsekretär gebaut werden. Die Bausumme soll 400 000 M betragen. Klingt es nicht wie Hohn, daß das große, gutgebaute und eingerichtete Jagdschloß mit der Kastellans-Wohnung für zwei Familien, dazu das Kavalierhaus mit etwa 20 heizbaren Räumen für den lächerlich niedrigen Preis unter der Hand verkauft wird? Für den Preis hätte der Kreis Gardelegen das Jagdschloß auch kaufen und für einen wohltätigen Zweck verwenden können.

Der Explosionsschaden von Oppau.

Auch jetzt, mehr als zwei Monate nach der Oppauer Explosionskatastrophe, liegen positive Angaben über die durch das Ereignis für die Beteiligten eingetretenen materiellen Verluste noch nicht vor. Bekanntlich lief bei der privaten Versicherung ein Versicherungsvertrag von etwa 138 Mill. M nach Abzug von ca. 62 Mill. M Eigenbehalt in Selbstrisiko der Oppauer G. m. b. H. Dieser Betrag von 138 Mill. M entfiel im wesentlichen auf Maschinen usw.; nur 4—5 Mill. M umfaßten Vorräte. Der Gesamtbetrag von 200 Mill. M aber stellte wiederum nur einen Teil des Gesamtrisikos dar; der überwiegende Anteil war vom Anilinkonzern in Selbstversicherung genommen worden. Alles in allem war seinerzeit der Verlust aus der Katastrophe in Versicherungskreisen auf zwischen 700 und 800 Mill. M geschätzt worden. Die seitdem getroffenen Feststellungen haben nun, nach der „Frankf. Ztg.", ergeben, daß auf der bei den privaten Versicherungs-Gesellschaften laufenden Police mit einem Schaden zu rechnen ist, der jetzt zwischen 40 und 66⅔ Prozent der Policensumme zu schätzen ist. Nimmt man das Mittel an, so wird von den etwa 30 beteiligten Versicherern ein Ersatz in Höhe von rund 70 Mill. M zu leisten sein. Das trifft die Direkt- und die Rückversicherer naturgemäß beträchtlich, auch in der beschränkten Beteiligung stellt der Fall für sie eines der größten Schadenereignisse seit langem dar. Die Interessengemeinschaft der Farbenfabriken wird ihrerseits, nachdem die Fonds der Pallas Selbstversicherung des Konzerns noch bei weitem nicht die erforderliche Höhe erreicht haben, sehr große Beträge aufzubringen haben. Man weiß, daß dies auf dem Wege einer Kapitalserhöhung geschehen soll; auch ist wohl zu erwarten, daß — um den Kapitalanteil der Oppauer Beteiligung am Gesamtkapital der Gruppe nicht zu hoch ansteigen zu lassen — das Aktienagio diesmal stärker ausgenützt werden wird.

Handels-Nachrichten.

* **Einschränkung bei der Annahme von Limiten.** Die Berliner Banken und Bankfirmen, die der Stempelvereinigung angehören, haben laut „B. T." beschlossen in Zukunft Limite bei Börsenaufträgen nur soweit anzunehmen, als diese Limite für den nächsten Börsentag oder bis zum Ende des laufenden bezw. nächsten Monats gelten sollen. Limite für andere Zeitbegrenzung sollen nicht mehr angenommen werden.

* **Hypothekenbank in Hamburg.** Die über Geschäftsausdehnung und Erhöhung des Aktienkapitals verbreiteten Gerüchte entbehren, wie man von maßgebender Stelle mitteilt, jeder Grundlage. Die Pflege des allgemeinen Bankgeschäftes im Rahmen einer Kreditbank sei bekanntlich einer Hypothekenbank verboten. Eine Kapitalerhöhung komme nicht in Betracht, da für den Pfandbriefumlauf der Hypothekenbank ihr jetziges Aktienkapital auch im Falle einer Emmission völlig genügt.

* **Handelsbank A.-G. in Berlin.** Die außerordentliche Hauptversammlung genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals von 12 auf 30 Mill. M.

* **350 Millionen M Kapitalerhöhung des Norddeutschen Lloyd.** Aus Bremen, 1. Dezember, wird uns gemeldet: Der Norddeutsche Lloyd beschloß die Erhöhung des Grundkapitals von 250 Millionen auf 600 Millionen M durch Ausgabe von 225 Mill. Mark Stammaktien und 125 Millionen M Vorzugsaktien. Veranlassung zu dieser Erhöhung ist die Notwendigkeit, die Finanzen zu stärken, um angesichts der Preiserhöhungen an dem Bauprogramm festhalten zu können.

* **Westfälische Kleinbahnen A.-G. in Gräne bei Letmathe.** Auf der Tagesordnung der Hauptversammlung steht auch Beschlußfassung über den Verlust von mehr als der Hälfte des Grundkapitals.

* **Aus der Metallwarenindustrie.** In der Mitgliederversammlung des Verbandes der deutschen Metallwarenindustrie in Berlin stellte der Vorsitzende die grundsätzliche Zustimmung der Metallwarenindustrie zu der Kredithilfe der Industrie fest; von einer geplanten völligen Ueberführung der Reichseisenbahn in den Privatbesitz könne jedoch keine Rede sein. Die Wahrung der Tarifhoheit des Reichs liege auch im Interesse der Fertigwarenindustrie. Ueber die Lage der Metallindustrie wurde ausgeführt, daß der derzeitige große Auftragsbestand den meisten Werken Beschäftigung auf Monate sichere, die Verteuerung der einzuführenden Rohmaterialien drohe aber die Preise derart zu erhöhen, daß die inländischen Käufer nicht mehr gleichen Schritt halten könnten. Bedenklich sei, daß die vornehmlich aus ausländischen Rohstoffen hergestellten Erzeugnisse der Metallwarenindustrie — zum Teil Luxuswaren — zurzeit in großem Umfange von der deutschen Kundschaft gekauft würden, während der Wert der Ausfuhr zu gering bleibe. Infolge der Knappheit an den wichtigsten inländischen Materialien — Fein- und Weißblechen sowie Bandeisen — ständen Betriebseinschränkungen und Stillegungen bevor. Die im Eisenwirtschaftsbund zwischen Erzeugern und Verbrauchern getroffenen Vereinbarungen hinsichtlich der bevorzugten Versorgung des Inlandbedarfs, der vertragsgetreuen Ausführung alter Verträge und Beibehaltung fester Preise hätten die Erwartungen der verarbeitenden Industrie nicht erfüllt. Der Syndikus empfahl die planmäßige und bevorzugte Bearbeitung des Auslandsgeschäfts, das im Interesse der Sicherung des Rohstoffbezugs und der notwendigen Devisenbeschaffung möglichst nur in einer guten Auslandwährung durchgeführt werden soll. Bezüglich der Luxussteuer wurde festgestellt, daß der dem Reichstag vorliegende Entwurf den zahlreichen, auch vom Reichswirtschaftsrat als berechtigt anerkannten Klagen keinerlei Rechnung trage. Man müsse hoffen, daß der Reichstag durch eine grundlegende Umgestaltung des Gesetzentwurfs die Schädigungen der Qualitätsindustrie verhindere.

* **Telephonfabrik A.-G. vorm. J. Berliner in Hannover.** Die H.-V. genehmigte die Verwaltungsanträge, insbesondere 20 Prozent Dividende und die Kapitalerhöhung um 20 auf 40 Mill. Von den neuen Aktien mit Gewinnberechtigung ab 1. Juli 1921 sollen 10 Mill. den Aktionären zu 175 Prozent von 2 zu 1 angeboten werden. Die restlichen 10 Mill. werden von einer unter Führung der Kommerz- und Privatbank stehenden Gruppe zu 110 Prozent mit der Verpflichtung übernommen, sie zur Verwertung im Interesse der Gesellschaft zu 120 Prozent zur Verfügung zu halten. Ferner wurde beschlossen, das biherige sechsfache Stimmrecht der Aktien Lit. B auf ein Zehnfaches zu erhöhen. Dem Aufsichtsrat wurde neu hinzugewählt Minister a. D. Dr. Albert Südekum. Mitgeteilt wurde, daß die ersten fünf Monate des neuen Geschäftsjahres eine gute Beschäftigung und reichliche Aufträge erbracht haben, so daß die Verwaltung erwartet, auch das auf 40 Mill. erhöhte Aktienkapital befriedigend verzinsen zu können. Es wurde noch bemerkt, daß die Materialbeschaffung und die Arbeiterfrage noch immer große Schwierigkeiten bereiten.

* **Linke-Hofmann-Werke A.-G.** Wie verlautet, steht die Gesellschaft in Verhandlungen, um sich eine schlesische Kohlenzeche aus Privatbesitz anzugliedern. Im Zusammenhang hiermit, im Zusammenhang ferner mit den Ausdehnungen der letzten Zeit, insbesondere Beteiligung an der kürzlich von der A. E. G. in eine A.-G. mit 50 Mill. umgewandelte Lokomotivfabrik Henningsdorf, steht bei der Gesellschaft eine Kapitalerhöhung bevor, über deren Ausmaß noch nichts Endgültiges feststeht. Auch die Lauchhammer A.-G., deren Kapital sich größtenteils im Besitz der Linke-Hofmann-Werke A.-G. befindet, plant eine Kapitalerhöhung.

* An den h[illegible]akmärkten herrschte im allgemeinen Ruhe vor. Man entschloß sich neuerdings doch, anfangs Dezember eine Einschreibung in Javatabak abzuhalten, doch will man Forstenlandenware, wie verlautet, ausschließen, weil man sich für diese keine gute Verwertungsmöglichkeit verspricht. Man will in der Hauptsache bisher zurückgezogene Partien wieder zum Verkauf bringen und dann auch Loemadiangskrubse anbieten, für welche die Erlöse bisher recht gut waren. Daß für die ganz geringen Skrubsen gegenwärtig in Holland kein Markt besteht, hat der Verlauf der letzten Einschreibungen bewiesen.

* **Weidefettviehmarkt zu Husum,** 30. Nov. Dem heutigen Weidefettviehmarkt waren 200 Rinder und 50 Schafe und Lämmer zugeführt. Der Handel war ruhig; der Markt wurde geräumt. Bezahlt wurde für Ochsen 7—11 M, für Quien 7—11 M, für Kühe 5,50—11 M, für Schafe bis 8 M für das Pfund Lebendgewicht. Ausgeführt wurden nach Hamburg 130 Rinder, nach Berlin 20, nach Duisburg 20, nach Essen 20 Stück. An Schafen gingen von Husum und Umgegend nach Hamburg 250 und nach Berlin 30 Stück. Der Versand nach West- und Mitteldeutschland einschließlich Berlin betrug in voriger Woche 544 Rinder und 1000 Schafe. — Von nächster Woche an fällt der Mittwoch-Markt aus.

Devisenbeschaffung der Maschinenbau-Anstalten.

Unter reger Beteiligung aus allen Gegenden Deutschlands hielt der **Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten** am 23. d. in Berlin eine außerordentliche, nichtöffentliche Mitgliederversammlung ab. Der allgemeine Teil der Tagung wurde von dem ersten Vorsitzenden Geh. Kommerzienrat Dr. Ing. h. c. Ernst von Borsig eingeleitet. Der Redner wies zunächst auf die ganz hervorragende Bedeutung hin, welche die abzutretenden Gebiete Oberschlesiens für den deutschen Maschinenbau als Rohstofflieferungs- und als Absatzgebiet haben.

Zur Frage der Devisenbeschaffung führte der Berichterstatter Dr. Ing. v. Klemperer, Direktor der Berliner Maschinenbau-Akt-Ges. vorm. L. Schwartzkopff, etwa folgendes aus: Infolge der großen Schwierigkeiten, die mit der Bereitstellung der ersten Goldmilliarde und mit der Abdeckung der zu ihrer Bezahlung beschafften kurzfristigen Kredite verbunden waren, ist die deutsche Regierung bemüht, sich für Reparationszwecke in den Besitz aller Devisen zu setzen, die nicht unbedingt und nachweislich zu Aufwendungn im Intrsse des deutschen Wirtschaftslebens benötigt werden; sie richtet ihr Hauptaugenmerk dabei auf die Erfassung der Devisen der Ausfuhrindustrien. Zwangsmaßnahmen erscheinen unvermeidlich, wenn die Sicherstellung umfangreicher Beträge nicht durch eigene Anordnungen der Industrieverbände gewährleistet wird. Vorbedingung für den Eingang von Devisen ist die Fakturierung in Auslandswährung, zu der die Maschinenindustrie, die ihre Rohstoffe, Löhne und sonstigen Unkosten in Mark zu bezahlen hat, sich natürlich nur schwer entschließen kann. Zwar wurden, als Ende 1919 und Anfang 1920 die ausländischen Devisenkurse zum ersten Male stark anzogen, mit dieser Art der Fakturierung günstige Ergebnisse erzielt. Als aber die Mark stieg und sich die Schattenseiten der Fakturierung in Auslandswährung zeigten, ging man vielfach wieder zur Berechnung in Mark über. Die starke ungeahnte Entwertung der Mark, die in den letzten Monaten eingetreten ist und, von Schwankungen abgesehen, voraussichtlich sobald keine Aenderung erfahren wird, ist der Erfüllung der von den Behörden aufgestellten Forderung nach weitgehender Fakturierung in Auslandswährung naturgemäß förderlich gewesen, wie es die in der letzten Zeit gefaßten Beschlüsse einzelner Fachverbände zeigen, die teils Abschlüsse in Auslandswährung vorschreiben, teils wenigstens für die Anzahlung die Forderung ausländischer Währung zur Pflicht machen. Trotz zahlreicher Aufforderungen und Darlegungen seitens des Vereins deutscher Maschinenbau-Anstalten ist aber die allgemeine Befolgung solcher Richtlinien im Maschinenbau noch nicht durchgeführt. Ein entsprechender Entschluß ist unbedingt notwendig, und zwar nicht nur im Interesse der Devisenbeschaffung, sondern vor allem auch, weil in Zeiten sinkenden Markwertes das Angebot in Auslandswährung das einzige Mittel ist, das den deutschen Verkäufer vor zu billigem Verkauf schützt.

Dies zu verhindern, liegt aber nicht nur im Sinne des Verkäufers sondern im Interesse der deutschen Allgemeinheit, da das Ausland andernfalls, wie wir aus Belgien, Frankreich, Spanien, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern wissen, zu Antidumpingmaßnahmen greift. Der Preis des Ausfuhrangebots muß so gestellt werden, daß er nach Hinzurechnung aller Ausgaben für Frachten, Aus- und Einfuhrzölle und sonstige Gebühren um einen geringen Betrag unter dem Weltmarktpreis liegt. Diesen in der Währung des Bestimmungslandes festzustellen, ist ohne Schwierigkeiten möglich. Ein auf diese Weise in Auslandswährung festgesetzter Preis wird, zum Tageskurse in Mark umgerechnet, für Maschinen unter den heutigen Verhältnissen wohl allgemein über einem angemessenen deutschen Inlandpreis liegen. Durch einfache rechnerische Ermittung läßt sich alsbald auch der Kurs feststellen, bis zu dem die betreffende Auslandwährung sinken darf, ohne daß der Verkäufer sein Angebot zu ändern braucht.

In Erkenntnis der geschilderten Sachlage hat der Vorstand des Vereins deutscher Maschinenbau-Anstalten am 26. Oktober einen einstimmigen Beschluß gefaßt, in welchem er zwar den Zwang zur Fakturierung in Auslandwährung im Maschinenbau verwirft, anderseits aber mit Nachdruck dafür eintritt, daß die Maschinenbau-Anstalten nach Möglichkeit dieses Verfahren zur Anwendung bringen und Devisen, die sie nicht nachweislich für eigene Aufwendungen im Auslande im Interesse der deutschen Volkswirtschaft brauchen, an die Reichsbank abliefern sollen. Der paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzte Richtlinienausschuß der Außenhandelsstelle für den Maschinenbau hat trotz weitergehender Forderungen der anwesenden Regierungsvertreter diesem Beschluß beigestimmt, in gleicher Weise auch der Außenhandelsausschuß der Außenhandelsstelle. Der Maschinenbau ist bereit, 25 Proz. vom Werte seiner Ausfuhr in anerkannten Devisen abzuliefern. Die Devisen werden spätestens drei Monate nach Eingang der Reichsbank zur Verfügung gestellt werden. Die mit diesem Beschluß übernommene Verpflichtung bezieht sich auf alle Geschäfte, für die nach dem 15. Dezember Ausfuhrantrag gestellt wird. Mit Rücksicht auf die langfristigen Lieferungen bedarf der Maschinenbau besonderer Kurssicherung und muß von der Reichsbank Entgegenkommen in dieser Hinsicht erwarten. Der Außenhandelsstelle für den Maschinenbau muß die Berechtigung erteilt werden, in besonders liegenden Einzelfällen ausnahmsweise von der Verpflichtung der Ablieferung der Devisen zu entbinden, insbesondere sind solche Devisen nicht „ablieferungspflichtig, welche nachweislich für eigene Aufwendungen im Auslande oder sonst zugunsten der deutschen Wirtschaft verwendet werden.

Soweit eine Devisenablieferungspflicht eingeführt wird, ist natürlich eine Kontrolle durch die Reichsbank erforderlich, und zwar soll diese gemeinsam mit der zuständigen Außenhandelsstelle ausgeübt werden.

Amerikanische Baumwoll-Notierungen.

New York, 30. Nov. (Durch Funkspruch.)

	29. 11.	30. 11. 11 Uhr	30. 11. Schluß
Dezember	17,53	17,75	17,77
Januar	17,46	17,63	17,63
März	17,38	17,60	17,63
Mai	17,12	17,31	17,31

Wechsel auf Berlin 43½.

Hauptredakteur: Th. Warnecke.
Verantwortlich für den politischen Teil: Th. Warnecke; für Handel und Wirtschaftliches: Karl Mohs; für Lokales und Provinzielles: J. V. Dr. Heinz Haase; für Feuilleton, Kunst und Wissenschaft: Dr. Heinz Haase; für Anzeigen und Reklamen: Max [illegible], sämtlich in Münster.